

27. NOV. 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/265 - 25. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>"Mensch und Betrieb"</u> Betriebsarbeiter diskutierten mit Erich Ollenhauer Bergneustadt - Stätte der staatsbürgerlichen Begegnung Von Günter Markscheffel	100
3 - 4	<u>Verstimmung Athen - Belgrad</u> Verfolgt man neue Balkanpläne ? Von Dr. Basil Mathiopoulos	70
5	<u>Beispielgebend für andere Staaten</u> Grosszügige Verkehrsplanung in Dänemark	50
6 - 7	<u>Die Mauer besteht nicht nur aus Steinern</u> Zu einem hochaktuellen Forero-Band Von Günther Paschner	70

* * * *
* * *

"Mensch und Betrieb"

Betriebsarbeiter diskutierten mit Erich Ollenhauer
Bergneustadt - Stätte der staatsbürgerlichen Begegnung

G.M. - "Die arbeitenden Menschen sind das Fundament der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es gibt bei uns keine 'Interessenvertretungen'; wer bei uns mitmacht, muss sich darüber klar sein, dass er nicht für eine Gruppe der Gesellschaft, sondern für das Wohl des g a n z e n Volkes steht". - Diesen einfachen Satz stellte der SPD-Vorsitzende Erich O l l e n h a u e r vor ungefähr 200 Betriebsarbeitern in Bergneustadt an den Anfang einer zwanglosen Aussprache, in der 16 Diskussionsredner vom SPD-Vorsitzenden Fragen beantwortet wissen wollten, die im Verlaufe einer Arbeitstagung in der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgetaucht waren. In dieser Woche hatten der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert W e n n e r, der Experte für Sozialpolitik Prof. Ernst S c h e i l e n b e r g und der Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand der SPD, Stefan T h o m a s, die ganze Vielfalt jener Probleme dargestellt, die sich unter dem Begriff "Mensch und Betrieb" zusammenfassen lassen.

"Regierungsprogramm ist und bleibt gültig"

Es liegt sicher im Wesen des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, dass er die Fülle des während einer Woche diskutierten Stoffes am Schluss der Tagung abrundete und ausser Grundsatzfragen auch auf jene berührten "heissen Eisen" einging, mit denen sich ausserhalb der Sozialdemokratischen Partei Stehende meist häufiger und intensiver beschäftigen als viele Sozialdemokraten selbst.

Da warf ein Teilnehmer, wahrscheinlich angeregt durch eine interessant erscheinende Zeitungsüberschrift, die Frage auf, ob das Regierungsprogramm der SPD auch nach der Wahl seine volle Gültigkeit behalte.

- * Ollenhauer: "Das ist doch selbstverständlich. Wir haben unser Regierungsprogramm aus dem Grundsatzprogramm von Bad Godesberg entwickelt,
- * wir haben dann während des Parteitages in Hannover eine Reihe von
- * Forderungen konkretisiert und schliesslich im April dieses Jahres
- * das Regierungsprogramm verkündet, ein Programm, das klar aussagt, was
- * die Sozialdemokratische Partei zu tun gedenkt, wenn ihr die Wähler
- * den Regierungsauftrag erteilen". - "Dieses Regierungsprogramm, das ein-
- * zige, das jemals eine deutsche Partei mit solcher Klarheit und Offen-
- * heit präsentiert hat, wird auch in der kommenden Legislaturperiode
- * des Bundestages Richtschnur für die Politik der SPD-Fraktion sein."

Privatisierung von Bundesvermögen?

Ob zu erwarten sei, dass die neue Regierung den Privatisierungsprozess von bundeseigenem Vermögen fortsetzen werde, wollte ein Tagungsteilnehmer wissen. - Undogmatisch und mit dem Hinweis, dass es sich bei diesem Problem nicht um eine "Weltanschauung" handle, betonte Ollenhauer nachdrücklich, wie bedeutsam vor jeder Entscheidung die Antwort auf die Frage sei, welchen Faktor in der Volkswirtschaft dieses oder jenes bundeseigene Vermögensobjekt darstelle. "Die Sozialdemokraten werden darüber wachen, dass der Besitz des Volkes nicht zugunsten der Interessen einiger Weniger verschleudert wird, sie werden umgekehrt aber auch die Öffentlichkeit alarmieren, wenn irgend jemand versuchen sollte, wirtschaftlich unrentable Privatbetriebe der Allgemeinheit anzudrehen."

Stichwort "Entwicklungshilfe"

Wie wenig begrenzt das politische Interesse der in Bergneustadt versammelten Betriebsarbeiter ist, zeigten die Fragen nach der Effektivität der Entwicklungshilfe. Hier konnte Ollenhauer mit Recht darauf verweisen, dass die SPD schon im Jahre 1955, zu einer Zeit, in der das Wort "Entwicklungshilfe" noch nicht zu einem modischen Begriff geworden war, die Regierung im Bundestag aufgefordert hatte, 50 Millionen DM im Haushaltsplan für die Vorbereitungen der Arbeiten in den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Die Regierungsparteien lehnten diesen Auftrag damals ab. Heute müsse man feststellen - so betonte Ollenhauer - dass sehr viele sicher gut gemeinte Ansätze bereits zu spät kämen. Die Länder des Ostblocks haben systematisch um das Vertrauen der Völker Afrikas und Asiens geworben. Man werde sehen, ob das neu geschaffene Ministerium für Entwicklungshilfe in der Lage sei, das Versäunte nachzuholen. An der SPD werde es nicht liegen; die Sozialdemokraten werden ihre grossen internationalen Erfahrungen einsetzen.

Verhältnis zur Bundeswehr

Notstandsgesetzgebung, Verhältnis zur Bundeswehr und ähnliche Fragen wurden aufgeworfen. Hier spürte man, dass Themen angesprochen wurden, die wohl in fast jedem Betriebe eine Rolle spielen. - Ollenhauers Bemerkungen hierzu waren eindeutig:

- * "Die Sozialdemokraten müssen dafür sorgen, dass die Bundeswehr ein
- * Teil des Volkes bleibt und nicht das Instrument einer Regierung werden
- * kann. Kritik an Einzelercheinungen ist legitim; negative Kritik de-
- * struktiv und schädlich für den demokratischen Staat."

Es gab niemanden unter den Zuhörern, der dieses Prinzip nicht gebilligt hätte. Der Beifall nach den Bemerkungen Ollenhauers war ostentativ.

"Sicherungsaufgaben sachlich erörtern"

Wenn man von einem "Notstandsgesetz" spreche, so meinte Ollenhauer, dürfe man angesichts der gespannten internationalen Lage nicht emotionell reagieren. Sicherungsaufgaben müssten in sachlichen Erörterungen auf ihre Zweckmässigkeit überprüft werden. - In diesem Sinne behandelte Ollenhauer auch die während der Diskussion aufgetauchte Frage nach der Mitarbeit bei der Organisation des Schutzes für die Zivilbevölkerung. Alles was in dieser Beziehung geschehen könne, sei angesichts der schrecklichen Möglichkeiten eines atomaren Krieges relativ.

- * "Es geht aber nicht an, dass eine so grosse Partei wie die SPD bei der
- * Erörterung dieser Probleme so tut, als existierten sie nicht."

Bei aller Begrenztheit von Schutzmöglichkeiten dürfe man die Bevölkerung nicht ohne jede Hilfe lassen. - Auch diese Feststellungen Ollenhauers wurden ohne Rückhalt gebilligt.

* * *

Seit mehreren Jahren schon treffen sich in Bergneustadt Betriebsarbeiter aus allen Teilen der Bundesrepublik. Von Jahr zu Jahr hat sich das Niveau dieser Arbeitstagungen verbessert. Während am Anfang gelegentlich noch der Eindruck entstehen konnte, als sähen die Tagungsteilnehmer nur ihren Betrieb oder nur ihren Lebensbereich, ist jetzt der Bogen viel weiter gespannt. Die Frauen und Männer aus den Betrieben, die in Bergneustadt miteinander diskutieren, wissen sehr wohl, dass man von ihnen nicht nur den Einsatz für die Gruppe des Lebensbereiches verlangt, in dem sie verwurzelt sind, sondern dass man sie vor die Verantwortung für das G a n z e stellt. Das ist staatsbürgerliche Haltung im besten Sinne des Wortes.

+ + +

Verstimmung Athen - Belgrad

Verfolgt man neue Balkanpläne?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der Präsident des Exekutivrates des jugoslawischen Bundesstaates Makedonien, Grlicko, gab in der vergangenen Woche in seiner Provinzhauptstadt Skopje Erklärungen, in denen er von den "Natürlichen Rechten der in Griechenland lebenden slavo-makedonischen Minderheit" sprach. In Athen lösten diese Formulierungen nicht wenig Überraschung aus, denn durch sie erhält zum ersten Mal in der Geschichte der Beziehungen beider Völker jenes Problem einen Unterton, der besonders seit 1953 (Gründung des Balkanpaktes zwischen Jugoslawien - Türkei - Griechenland) undenkbar war. Zwar wurde in der Provinzpresse des makedonischen Bundesstaates Jugoslawiens wiederholt von den griechischen 'Slavo-Makedonen' gesprochen, aber Belgrad hatte stets betont, daß derartige Äußerungen nicht den Zielen der offiziellen politischen Linie entsprächen. Die bis dato aufgetauchten spitzen Bemerkungen in der jugoslawischen Presse erhielten nun einen offiziellen Anstrich, vor allem durch das Pochen auf das "Recht" der Minderheit.

Politische Beobachter in Athen sehen in der unerklärlichen Aktion Grlickos zu diesem kritischen Augenblick, da nach dem 22. Kongreß der KPdSU wegen der sowjetisch-albanischen Spannungen Rückwirkungen auf dem gesamten Balkan spürbar werden, einen gesteuerten Ablenkungsversuch, dessen Ziele gegenwärtig noch nicht ersichtlich sind. Aber gerade im Zusammenhang mit dem kurz bevorstehenden Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Belgrad liegt der Schluß nahe, daß dieser mysteriöse Winkelzug ein Zeichen dafür ist, daß auch Jugoslawien von den Gärungen innerhalb des Ostblocks nicht verschont blieb. Ohne Grund erschwert man sich nicht den bisher nächstliegenden Zugang zur indirekten Verbindung mit dem Westen. Der bevorstehende Besuch Gromykos zeigt, daß der Krenl sehr an den Ansichten Titos gelegen ist, vielleicht nicht einmal so sehr, um sich Belgrad versöhnend zu nähern, sondern um die Isolierung Albanians auf dem Balkan zu forcieren. In Tirana wird man dafür sicher offene Ohren haben, denn die KP Albanians war ja von jeher der erbitterteste Gegner des jugoslawischen 'Revisionismus'.

So klar und ohne jede Nervosität die griechische Stellungnahme zu dem jugoslawischen Affront war, so abwartend und in ernster Beobachterstellung verhält es sich gegenüber den Entwicklungen innerhalb der Ostblockstaaten auf dem Balkan. Soweit Albanien mit im Spiel ist, sieht hier sich Athen durch die Lebensinteressen des Griechischen Volkstums in Südalbanien angesprochen. Enver Hodscha, Chef der KP Albanien, konzentriert nämlich neuerdings seine Anschuldigungen gegenüber Chruschtschow auch auf diesen Punkt. Chruschtschow soll demnach beim Besuch des griechischen Oppositionspolitikers in Moskau vor zwei Jahren diesem versichert haben, daß er sich für die griechische Minderheit in Nordepirus (Südalbanien) einsetzen und ihr dadurch eine bessere völkische und kulturelle Selbständigkeit verschaffen wolle. In Nordepirus war bis 1940 die Mehrheit der Bevölkerung Griechen! Hodscha wirft nun in der Kette seiner Anschuldigungen Chruschtschow auch vor, daß er die 'griechischen Reaktionäre' unterstütze.

Was ist der Hintergrund der Erklärungen Grlickos? Bekanntlich wurde von Jugoslawien und Bulgarien immer wieder die Schaffung eines "unabhängigen makedonischen Staates" gefordert. Wegen des Streites um die Führung in diesem zu schaffenden Staat scheiterte 1947 der von Stalin angeregte 'Balkanbund'. Aus den makedonischen Provinzen Griechenlands, Jugoslawiens und Bulgariens sollte dieser künstliche Staat entstehen. Nach der Besetzung Titos von Moskau war es zwar ruhig um diese Pläne geworden, eingeschlafen waren sie jedoch nie.

Die Anmeldung eines 'Rechts' der Slavo-Makedonen in der griechischen Provinz Makedonien verleiht den alten Bestrebungen nun einen neuen Akzent. Die faktische Berechtigung wirkt etwas künstlich angesichts der Tatsache, daß den 1,6 Millionen Griechen in dieser Provinz nur 65 000 'Slavo-Makedonen' gegenüberstehen, also nicht einmal 2 %. Mit dem gleichen Recht könnte Griechenland die Frage der griechisch sprechenden Jugoslawen, die zahlenmäßig viel stärker sind, zur Diskussion stellen. Die Äußerung Grlickos ist wahrscheinlich nur ein erstes diplomatisches Vorspiel, das aber bereits zeigt, daß man in Belgrad wohl keine Bedenken hat, die bisher guten Beziehungen zwischen beiden Ländern aufs Spiel zu setzen. Wozu? Möglicherweise ist dies der Belgrader Preis zur Erreichung anderer Ziele, die im Rahmen der gegenwärtigen Umwälzungen auf dem Balkan Tito vorrangiger sind.

* * *

Beispielgebend für andere Staaten

sp - Rund 34 Milliarden Kronen wollen die Dänen in den nächsten fünf bis zehn Jahren für den Bau großartiger Verkehrsadern und einer Brückenschlag zwischen den Inseln aufwenden. Bei der letzten Sitzung des Folketings hat es hierüber keine Unterschiede zwischen den Parteien mehr gegeben. Dänemark bereitet sich auf eine verkehrspolitische Kraftanstrengung vor wie sie beispielgebend für viele andere Staaten sein kann.

Der größte Verkehrsengpaß in Dänemark, der Große Belt zwischen den Hafenstädten Nyborg und Korsör, soll nach den Planungen zuerst aufgebrochen werden. Schon im Frühjahr 1964 wird die größte Autofähre der Welt, die 400 Personenkraftwagen laden kann, hier den Routendienst im Zuge der Europastraße 3 aufnehmen. Schon sechs Jahre später soll dann die Meeresstraße an der gleichen Stelle durch eine Eisenbahn- und Straßenbrücke überquert werden.

Den nächsten Engpaß stellt der Kleine Belt bei Middelfart an der Ostküste Jütlands dar. Hier gibt es zwar bereits eine Brücke, aber die Verkehrsplaner halten es für notwendig, noch eine Straßenbrücke bis spätestens 1968 dem Verkehr zu übergeben. Nach der Fertigstellung der beiden großen Brücken, wovon die über den Großen Belt die größte Europas sein wird, ist Kopenhagen dann von Zentraleuropa aus mit dem Wagen oder mit der Eisenbahn auf der direkten Landwege zu erreichen.

Das weitere großartige Verkehrsprojekt betrifft den Brückenbau über den Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö. Er soll eine schwedisch-dänische Gemeinschaftsarbeit darstellen. Die Schweden und die Dänen arbeiten bereits an Gutachten für die Öresund-Brücke, die einmal spätestens bis 1980 die Ostseemeeresstraße in 40 Kilometer Breite als Straßenbrücke überspannen wird. Nördlich davon an einer engeren Stelle wird auch schon eine Eisenbahnbrücke projektiert. Diese Brücke wird dann die direkte Verbindung von Stockholm und Oslo mit dem europäischen Festland ermöglichen.

Bei alledem soll das vorzügliche skandinavische Betonstraßennetz weiter ausgebaut werden und im Zuge der großen Brücken autobahnähnlichen Charakter erhalten. Die Dänen haben schon an der trockenen deutsch-dänischen Staatsgrenze westlich von Flensburg den Punkt bestimmt, wo ihre Autobahn enden wird.

Nun ist es die große Frage, ob sie dort für immer enden soll, denn das Bundesverkehrsministerium kennt zwar mehrere langjährige Baupläne für das bundesdeutsche Autobahnnetz. Schleswig-Holstein wird in diesen Plänen jedoch mit keinem Wort erwähnt. Seeborn hat das nördliche Bundesland hier offenbar abgeschrieben. Der schleswig-holsteinische Landtag hat zwar schon vor Jahr und Tag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin den Bau einer Autobahn von der dänischen Grenze bis an den Hamburger Umgehungsring gefördert. Die Planungen dafür aber gehen auch im Kieler Wirtschaftsministerium, wie man hört, nur zäh voran. Erst in diesen Tagen trat der sozialdemokratische Oppositionsführer Käber für eine Beschleunigung des Autobahnprojektes ein.

Er tat das mit gutem Recht, schon um des Autoverkehrs innerhalb Schleswig-Holsteins willen. Das Statistische Landesamt hat die Zahl der Personenkraftwagen im nördlichen Bundesland für 1967 mit rund 260 000 vorausgeschätzt, während es Ende letzten Jahres doch erst nur rund 140 000 gab. 1950 wurde die deutsch-dänische Grenze von 62 000 Automobilen passiert, aber zehn Jahre später waren es schon 737 000.

Die Mauer besteht nicht nur aus Steinen

Von Günther Paschner

"Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf; aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher."

Bert Brecht in "Das Leben des Galilei"

Es mögen jetzt sieben oder acht Jahre her sein. Damals agierte eine kompaniestarke "Kulturgruppe" sowjetzonaler "Friedenskämpfer" in einigen Großstädten am Rhein. Das übliche Brimborium, das gewohnte Fantam, die bekannten Parolen. Mich interessierten die jungen Menschen, die dort oben auf der Bühne im Kollektiv schrien und sangen, als hätten sie uns armen, ausgebeuteten, westlichen "Kapitalisten-Knochten" tatsächlich das Paradies auf Erden zu schenken. Ein Dutzend von ihnen folgte der Einladung zu einem Gespräch, jüngere und ältere. Es wurde eine der größten Enttäuschungen meines Lebens. Nach einigen Diskutierstunden zog ich das Fazit: Wir sprechen verschiedene Sprachen, nicht nur der Terminologie. Verschiedene Sprachen des Geistes und des Herzens. Wir verstehen uns nicht mehr. Ob aus Unvermögen oder bösem Willen: beides ist in gleicher Weise verhängnisvoll.

Deutsche verstehen Deutsche nicht mehr. Sie können oder wollen sich nicht mehr verstehen. Das ist auch der erschütternde Eindruck nach der Lektüre eines kleiner Bändchens, das der Hamburger Rowohlt-Verlag in diesen Tagen in Berlin ausgeliefert hat und das Anfang Dezember auch in der Bundesrepublik zu kaufen sein wird. Unter dem Titel "Die Mauer" oder "Der 13. August" (rororo-Taschenbuch Nr. 482) sind auf 184 Seiten Äußerungen und Stellungnahmen west- und mitteldeutscher Schriftsteller und Publizisten zur Schandmauer in Berlin und damit zur deutschen Spaltung zusammengetragen worden.

Bekannte Namen sind darunter. Namen berühmter Männer des Geistes und der Feder. Und doch reden (und schreiben) alle aneinander vorbei. Da fragen die West-Berliner Schriftsteller Günter Grass und Wulf Dietrich Schnurre ihre Kollegen jenseits von Ulbrichts Chinesischer Mauer, was jene zu der Tatsache zu sagen hätten, daß "viele Bürger die DDR nicht mehr für bewohnbar halten." Folge: die Massenflucht, "von Ihrer Regierung ohne jeden Beweis 'Menschenhandel' genannt." Schreiben die beiden Autoren: "Stachelkraut, Maschinenpistole und Panzer sind nicht die Mittel, den Bürgern Ihres Staates die Zustände in der DDR erträglich zu machen. Nur ein Staat, der der Zustimmung seiner Bürger nicht mehr sicher ist, versucht sich auf

diese Weise zu retten." Sechs Mann aus Ulbrichts Intelligentsia-Brigade schreiben an Graß und Schnurre. Nicht einer beantwortet die schlichte Frage: Warum fliehen Millionen und Abermillionen aus einem Staat, in dem man doch - laut Zeugnis des Ost-Berliner Schriftstellers Ludwig Turek - "ausschließlich für das Volk schafft und waltet"?

Freilich haben Stalins (ehemalige) Apologeten und Chruschtschows und Ulbrichts Barden allerlei sophistische und dialektische Begründungen für die angebliche politische Notwendigkeit der Mauer: so "einer Politik Halt zu bieten, die unausweichlich zu einem dritten Weltkrieg führt" (Paul Wiens); oder "weil der Faschismus... vor den Türen unseres Staates wiedererstarkt", hätten "d i e M e n s c h e n (!) unserer Republik einen dicken Trennungsstrich zwischen faschistischer Innatur und sozialistischem Aufbau" gezogen (Brecht-Komponist Paul Dessau). Das Gespenst eines westlichen Faschismus liefert die Munition für Pankows Panzer am Brandenburger Tor und für die propagandistische Trommelfeuer auf die Menschen in West-Berlin und der Bundesrepublik. Die schizophrene Hysterie wird zur historischen Phantasterei, die einen - eingedenk möglicher politischer Realitäten - leichte Schauer über den Rücken jagt: "Hätten damals (1933) am Brandenburger Tor rote Panzer gestanden, wäre der Marsch nach dem Osten nie angetreten worden" (DDR-Nationalpreisträger Stephan Hermlin). Daß Bolschewismus und Nationalsozialismus zwei Kinder desselben Teufels mit Namen Unmenschlichkeit sind, scheint jenen nie in den Sinn gekommen zu sein. Wo mag für Parteidichter dieses Schlages wohl der Unterschied zwischen Stalins Millionenverbrechen während der großen "Tschistka" und Hitlers Kaskadern für die "Endlösung der Judenfrage" sein? Ich sehe keinen. Jedenfalls nicht hinsichtlich seiner grauenhaften Folgen.

Nicht daß wir weiß nennen wollten, was hierzulande grau oder noch dunkler ist. Wer gegen Pankow und Ulbricht ist, muß aber nicht auch unbedingt gegen Bonn, Adenauer, Schröder und Strauß sein. Aber er k a n n es sein. Und viele sind es. Und auf diesen Unterschied kommt es an. Ganz entscheidend sogar. Ob das Propagandisten von der Denkart Dessaus, Hermlins, Tureks und anderer je begreifen werden? Wohl kaum. Das zeigen ihre Aussagen seit dem 13. August 1961. Womit - mit dem Herausgeber des rororo-Bändchens - die bedrückende Feststellung zu treffen wäre, "daß die Mauer, die sich durch Deutschland zieht, nicht nur aus Steinen besteht."

* * *